



Medienmitteilung

Zürich, 8. Dezember 2022

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Kein Ausländerstimm- und -wahlrecht auf kommunaler Ebene

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, eine Behördeninitiative des Zürcher Stadtrates für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer abzulehnen ([5727](#)). Mit der Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung fordert der Stadtrat die zuständigen Organe des Kantons auf, die Kantonsverfassung dahingehend zu ändern, dass den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, ein kommunales Stimm- und -wahlrecht für die in der Gemeinde ansässigen Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Die STGK ist mit ihrem Ablehnungsantrag dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Ebenfalls mit 8 zu 7 Stimmen sprach sich die Kommission gegen einen Gegenvorschlag von SP, GLP und Grünen aus, mit dem der Regierungsrat beauftragt würde, einen ausformulierten Gegenvorschlag zur Behördeninitiative auszuarbeiten.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

KBIK: Berufsbildung hat sich als krisenresistent erwiesen

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von FDP-Kantonsrat Christian Müller betreffend «Mehr Anschlussmöglichkeiten für Schulabgänger» als erledigt abzuschreiben ([5765](#)). Der Regierungsrat wurde darin aufgefordert zu prüfen, wie Unternehmen unterstützt werden können, die sich trotz der Corona-Pandemie in der Berufsbildung engagieren. Im Bericht des Regierungsrates werden vier Massnahmenpakete ausgewiesen. Pandemiebedingt gab es Einschränkungen bei den Schnupperlehren, was teilweise durch verstärkte Anstrengungen in der Berufsberatung kompensiert werden konnte. Einzelne Massnahmen werden dauerhaft weitergeführt. Insgesamt erwies sich die Berufsbildung als krisenresistent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr tief.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.